

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach den eingehenden Beratungen in den Ortsbeiräten, den jeweiligen Fachausschüssen sowie im Hauptausschuss werden wir heute im Stadtrat den städtischen Haushalt für die Jahre 2019 und 2020 beschließen und verabschieden.

Aus unserer Sicht liegen die Vorteile eines Doppelhaushaltes in einer besseren und verbindlicheren Planbarkeit für den Zeitraum des Haushaltes; Projekte und Maßnahmen können zielgerichteter und ohne Verzögerung angegangen und letztlich vielleicht auch wirtschaftlicher umgesetzt werden. Eventuell notwendige Korrekturen können unterjährig in einem Nachtragshaushalt erfolgen, was auch andernorts nicht unüblich ist.

Aus Sicht meiner Fraktion gibt es auch in den beiden kommenden Jahren weiterhin keinen Spielraum für unkalkulierbare Experimente. Die Haushaltsituation der Stadt zwingt uns weiterhin den schon seit vielen Jahren eingeschlagenen Weg einer verantwortungsvollen Spar- und Konsolidierungspolitik konsequent fortzusetzen und gleichzeitig, dies betone ich ausdrücklich, die Lebensadern der Stadt vital zu halten.

Für die SPD heißt dies: „Sparen und dennoch gestalten“ bleiben die Eckpfeiler unseres politischen Handelns. Und zwar mit Transparenz und in Verantwortung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Dieses Ansinnen spiegelt sich auch in dem heute zu beschließenden Doppelhaushalt für 2019 und 2020 wieder.

Der vom Kämmerer Dieter Feid am 17. September dieses Jahres eingebrachte und heute zu beschließende Doppelhaushalt weist - implizit der zwei mit vorliegenden Änderungslisten - im Ergebnishaushalt 2019 ein Minus von 58,2 Mio € und für 2020 ein Minus von 45,7 Mio € aus.

Veränderungen gegenüber der Einbringung gab es insbesondere durch die Berücksichtigung der im September 2018 noch nicht vorliegenden Orientierungsdaten des Landes, aufgrund denen im Planungszeitraum 2019 und 2020 mit erheblich höheren Schlüsselzuweisungen des Landes zu rechnen ist und durch die Erhöhung zahlreicher Ansätze im Bereich der sog. freiwilligen Leistungen. Hier möchte ich auf den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU im Hauptausschuss hinweisen, in dem wir eine Erhöhung der Zuschüsse bei freiwilligen Leistungen in den HH-Jahren 2019 und 2020 beantragt haben und dem auch mehrheitlich im HA zugestimmt wurde. Weitere Ausführungen hierzu später.

Was den Finanzhaushalt für die beiden kommenden Jahre betrifft, gibt es eine wesentliche Veränderung der Ansätze im Jahr 2019, auf Grund der Einstellung von Mitteln für den beabsichtigten Erwerb des Rathaus-Center durch die Stadt. In der Sondersitzung des Stadtrates am 26.11.2018 wurde die Sachlage von der Verwaltung vorgestellt und auch eingehend erörtert. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU vom 24.03.2014

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

verweisen, in dem unter anderem zur Ermittlung der dem Eigentümer des Rathauscenters zuzahlenden Entschädigung, ein umfassendes Wertgutachten erstellt werden soll.

Ebenso haben wir schon damals das Thema „Sicherstellung der Nahversorgung“ aufgegriffen und ausgeführt, dass sich bei abzeichnendem Wegfall eines Nahversorgers rechtzeitig auf die Schaffung eines gleichwertigen Ersatzes insbesondere für die nördliche Innenstadt hinzuwirken ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Feid hat bei der Einbringung des Haushaltes am 17. September dieses Jahres in seiner Rede auf das Kernproblem hingewiesen. Ich darf ihn zitieren: „Das Kernproblem war, ist und bleibt aus heutiger Sicht unsere gewaltige strukturelle Unterfinanzierung in den Bereichen Jugend und Soziales“.

Fakt ist: Die Sozialausgaben sind regelmäßig stärker gewachsen als die Basisfinanzierung mit dem Ergebnis, dass der Anteil an den Sozialausgaben an den Gesamtausgaben anstieg und somit andere Ausgaben begrenzt bzw. sogar eingestellt werden mussten. Auch ich betone von hier aus, wir brauchen eine faire und gerechte Finanzierung der uns pflichtig übertragenen Aufgaben der Sozialleistungen und zwar dauerhaft, aufgaben- und bedarfsgerecht. Dies sollte und muss die dauerhafte Zielsetzung aller politischen Ebenen sein.

Denn Fakt ist auch: Die großen Städte sind überwiegend die Orte, in denen die sozialen Fragen unserer Zeit beantwortet werden müssen.

Wir benötigen eine starke Stadt. So ist zum Beispiel die öffentliche Daseinsvorsorge ein ganz wesentlicher Bestandteil für die Zukunftssicherung einer Kommune, auch für unser Ludwigshafen. Im Grundgesetz ist im Artikel 28, Abs. 2 die kommunale Selbstverwaltung garantiert. Diese kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut! Eine Stadt muss auch finanziell so ausgestattet sein, dass sie in der Lage ist, ihre Aufgaben selbstständig und erfolgreich zu erledigen. Eine kommunale Selbstverwaltung kann nur dann ihre Stärke entfalten, wenn sie auch genügend Handlungsspielraum hat. Und dieser ist meines Erachtens mit einem Anteil von ca. 7% für Aufwendungen im sogenannten freiwilligen Bereich, ohne den ÖPNV, nicht gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hat bei der Einbringung dieses Doppelhaushaltes eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 405 auf 425 Punkte ab 1. Januar 2019 vorgeschlagen. Diese Erhöhung nach 4 Jahren ist unseres Erachtens nach maßvoll und vertretbar und wird von uns auch mitgetragen. Hier möchte ich auch an die Haushaltsverfügungen der ADD erinnern, die immer wieder betont und uns auffordert, auf Grund der defizitären Haushaltslage der Stadt auch die Einnahmemöglichkeiten angemessen auszuschöpfen. Deshalb appellieren wir an alle betroffenen Ludwigshafener Unternehmen, den eingeschlagenen Weg der

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

Anpassung des Hebesatzes um 20 Punkte positiv zu begleiten. Ludwigshafen wird nach wie vor, nicht zuletzt der vorhandenen guten Infrastruktur wegen, ein attraktiver Standort für die ansässigen, aber auch für ansiedlungswillige Unternehmen sein und bleiben.

Ich habe eingangs gesagt: Sparen und dennoch gestalten, bleiben die Eckpfeiler unseres politischen Handelns. Hierzu gehört nicht nur lokal, sondern auch regional und überregional zu denken, welche Möglichkeiten sich für eine interkommunale Zusammenarbeit im Interesse aller Beteiligten anbieten würden, und zwar in einer fairen Partnerschaft und auf Augenhöhe.

Ein gutes Beispiel ist hierfür der Bau und letztlich auch der Betrieb der integrierten Leitstelle in Ludwigshafen auf dem Gelände unserer Hauptfeuerwache in Mundenheim. Die offizielle Einweihung erfolgte ja am 6. November dieses Jahres. Die neue Leitstelle ist bekanntlich für die Erstalarmierung für die Städte Ludwigshafen, Frankenthal, Neustadt und Speyer sowie den Landkreis Bad Dürkheim und den Rhein-Pfalz-Kreis mit einem Einzugsgebiet von rund 600.000 Menschen zuständig.

Auch der sogenannte Pfalzmarktweg, hier den Stadtteil Ruchheim betreffend, ist ein gutes Beispiel für ein interkommunales Zusammenwirken in der Vorderpfalz. Auch er wurde im Jahr 2018 eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben. Der Pfalzmarktweg sorgt dafür, dass kein landwirtschaftlicher Durchgangsverkehr mehr durch den Stadtteil Ruchheim fahren muss.

Ein weiteres Beispiel ist auch die im Stadtrat am 17.09.2018 beschlossene Zweckvereinbarung mit dem Jugendamt des Landkreises Mainz-Bingen als sogenanntes Schwerpunktjugendamt zur Übernahme von Aufgaben im Rahmen des Clearingverfahrens. Partner neben Ludwigshafen, sind auch die Stadt Frankenthal und der Rhein-Pfalz-Kreis.

Sicherlich gibt es bei der interkommunalen Zusammenarbeit noch einige Möglichkeiten gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen. Man muss es nur wollen. Gerade eine interkommunale Zusammenarbeit ist meines Erachtens ein gutes und wichtiges Instrument zur Effizienzsteigerung für alle Beteiligten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits erwähnt, haben im Haushaltsausschuss am 26.und 27.11. 2018 SPD und CDU einen gemeinsamen Antrag zu einer Erhöhung von verschiedenen „Freiwilligen Leistungen“ in den HH-Jahren 2019 und 2020 eingebracht. Der Antrag wurde mehrheitlich im Haushaltsausschuss beschlossen; die Ansätze sind in der heutigen Änderungsliste enthalten. Die Gegenfinanzierung wird durch ein Teil der Mehreinnahmen durch die Anhebung der Gewerbesteuer von 405 auf 425 Punkte sowie durch die bereits im Juli 2018 erfolgte Anpassung der Vergnügungssteuer erfolgen. Konkret geht es um Produkte in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport und Ehrenamt - Bereiche, auf die ich in meiner Rede noch näher eingehen werde.

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

Nach vielen Jahren des Stillstandes, genau seit 14 Jahren, sehen wir die Notwendigkeit bei sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ nun zu handeln. Wir alle wissen und kennen die Kostensteigerungen in den letzten Jahren auch aus dem privaten Bereich. Kostensteigerungen, die unter anderem auch unsere Vereine, Institutionen und kommunale Einrichtungen in der Stadt, sowohl im sozialen-, kulturellen-, Sport – und ehrenamtlichen Bereich tangiert haben und tangieren. Deshalb werden wir eine entsprechende Anpassung durch eine Erhöhung der Zuschüsse bei den freiwilligen Leistungen in den beiden kommenden Jahren vornehmen.

Im Folgenden möchte ich einige wichtige Bereiche näher betrachten:

Kommunale Sozialpolitik

Kommunale Sozialpolitik ist ein wesentlicher Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, jedoch in weiten Teilen untrennbar mit der Sozialpolitik des Bundes und der Länder verbunden. Dies gilt auch für uns in Ludwigshafen. Für uns steht die „gleiche Würde aller Menschen“ im Mittelpunkt unseres Handelns. Dafür setzt sich die SPD-Stadtratsfraktion schon immer ein. Eine aktive Sozialpolitik ist für uns ein elementarer Baustein unserer Stadtpolitik. Denn nur mit ihr kann der gesellschaftliche Konsens gesichert werden. Für uns ist es wichtig, den Menschen zu helfen, die Hilfe bedürfen. Mit dem Haushalt 2019-2020 setzen wir wichtige sozialpolitische Akzente, ohne dabei die finanzielle Verantwortung für unsere Stadt aus den Augen zu verlieren.

Mit der Erhöhung des Ansatzes für die Volkshochschule von 345 T€ pro Jahr sollen unter anderem zusätzliche Angebote der VHS für sozial benachteiligte Menschen geschaffen werden, ebenso Angebote zur Stärkung von Familien sowie Stadtteilangebote ausgebaut werden. Darüber hinaus sind in dem Gesamtansatz Mittel für die Digitalisierung, wie WLAN der VHS, vorgesehen.

Eine gute und wichtige Entscheidung war im Jahr 2015 auf Grund unserer Forderung ein Sozialticket für den ÖPNV einzuführen. Pro anspruchsberechtigte Person werden derzeit je Monat zwei Mehrfachkarten mit fünf Einzelfahrkarten bezuschusst. Die Karten haben eine Gültigkeit für die Preisstufe 2 und können für die Großwabe Ludwigshafen/Mannheim benutzt werden. Ab 2019 soll dieses Angebot dahin gehend erweitert werden, dass pro anspruchsberechtigte Person pro Monat vier Mehrfachkarten mit fünf Einzelfahrkarten erworben werden können und zwar mit einem Eigenanteil von 1 Euro pro Einzelfahrschein bzw. 5 Euro pro Mehrfachkarte. Dies bedeutet, dass der städtische Zuschuss von derzeit 5,10 € auf 7,60 Euro erhöht wird. Unser Ziel von Anfang war ein VRN - verbundweites Sozialticket den Berechtigten anbieten zu können! Leider war und ist dies bisher im Verkehrsverbund Rhein-Neckar nicht möglich. Das Ziel, zu einer Verbundlösung zu kommen, sollte man dennoch nicht aus den Augen verlieren und weiter daran arbeiten.

Wohnungsbau

Zu einer menschlichen und sozialen Stadt gehört auch, dass Wohnungen in ausreichender Zahl angeboten werden, die den Bedürfnissen von Familien und Alleinstehenden gerecht werden. Wohnen ist ein Grundrecht, wie auch Arbeit und

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

Bildung. Für uns ist es das erklärte Ziel mit zu helfen, den wohnungsuchenden Menschen einen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir sagen ganz deutlich: Jeder soll einen Anspruch auf eine menschenwürdige Wohnung haben.

Es war in der Vergangenheit richtig, dass wir Neubaugebiete, wie in der Melm und Rheingönheim entwickelt haben. Dies gilt auch für den Bereich am Rheinufer – Süd. Nun muss aber wieder verstärkt in Wohnungen investiert werden und zwar für die Bürgerinnen und Bürger mit einem unteren und mittleren Arbeitnehmereinkommen. Dazu gehört, dass wieder mehr Mietwohnungen im sozialen Bereich gebaut werden müssen. Hier setzen wir sowohl auf unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft GAG, als auch auf öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und private Investoren in Verbindung mit den vorhandenen Förderprogrammen von Bund und Land.

Kultur

Eine Gesellschaft ohne Kunst und Kultur kann nicht leben. Wir wollen die vielfältigen Kulturszenen fördern. Das heißt: Wir möchten, dass alle Bürgerinnen und Bürger daran teilhaben können. Deshalb sollen die Mittel für die Kulturförderung in den beiden Haushaltsjahren auch entsprechend erhöht werden.

Der Pfalzbau, das Wilhelm-Hack-Museum, das Ernst-Bloch-Zentrum, die Stadtbibliothek und das Veranstaltungszentrum das Haus, sind neben den anderen Einrichtungen wie z. B. die Gemeinschaftshäuser und Museen in den Stadtteilen sowie den Privattheatern und anderen freien Kultureinrichtungen, wichtige Kulturinstitutionen in unserer Stadt. Für uns ist es weiterhin ein vordergründiges Ziel, dass die Kultureinrichtungen in der Stadt für alle Bevölkerungsgruppen da sind und sie diese, durch eine entsprechende Preisgestaltung der Angebote, auch zu nutzen können. Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich deshalb weiterhin für die Erhaltung des eintrittsfreien Samstags im Wilhelm-Hack-Museum ein. Schulklassen zahlen keinen Eintritt, wenn sie das Museum besuchen. Das Theater bietet günstige Schülertarife an, die Bibliothek ist für Kinder und Jugendliche kostenlos nutzbar.

Neben den Kulturangeboten, die auch überregional Aufmerksamkeit erzeugen, sind es die freien Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturinitiativen vor Ort, die auch für ein lebendiges städtisches Leben sorgen. In Ludwigshafen gibt es sehr viele freie Kulturträger, die für unsere Stadt unentbehrlich sind. Dieses Engagement wird von uns ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Sie alle tragen dazu bei, dass in der gesamten Stadt immer wieder neue belebende Akzente gesetzt werden, hier möchte ich auch besonders die vielen Aktivitäten in unseren Stadtteilen erwähnen. Diese sind Ausdruck der Identität der Menschen mit unserem Gemeinwesen.

Ehrenamt und Sport

Bei uns in Ludwigshafen engagiert sich eine große Zahl von Menschen ehrenamtlich in ganz verschiedenen Bereichen. Sie sind in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig und sind damit lebendige Vermittler und Mitträger des Gemeinschaftsgedanken. Ohne die Hilfe dieser Menschen würden viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens kaum mehr existieren. Dafür sagen wir ein

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

herzliches Dankeschön. Bürgerschaftliches Engagement war und ist schon immer eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wichtig war es uns, hier ein Zeichen zu setzen und eine Erhöhung des Zuschussbedarfes der freiwilligen Leistungen im Doppelhaushalt 2019/2020 vorzunehmen.

Stellvertretend möchte ich hier den Sport erwähnen. Die Sportbewegung ist neben den vielen anderen in der Stadt wichtigen Initiativen eine bedeutsame Bürgerinitiative, ca. 40.000 Mitglieder, davon ca. 11.000 Jugendliche sind in ca.140 Sportvereinen beheimatet und finden dort ein breites Betätigungsfeld. Hier ist es wichtig die trainings- und wettkampfgerechten Anlagen zu erhalten. Dies gilt auch für die vereinseigenen Anlagen, die dankenswerter Weise in unserer Stadt vorhanden sind und von den Vereinen und deren Mitgliedern unterhalten und betrieben werden.

In den beiden Haushaltsjahren soll deshalb die „allgemeine Sportvereinsförderung“ um ca. 20 Prozent und das Produkt „Zuschuss zur Instandhaltung von Sportanlagen“ von derzeit 50 T€ um 130 T€ erhöht werden, sodass in 2019 und 2020 jeweils 180 T€ für Vereine mit eigenen Anlagen für die Sanierung derer, zur Verfügung stehen werden. Somit haben sie Planungssicherheit für zukunftsweisende Vorhaben, was die Bezuschussung von vorgesehenen Maßnahmen betrifft.

Investitionen in unsere Kinder und Jugendlichen sind Investitionen in die Zukunft.

Eine umfassende Bildung und ein guter Schulabschluss sind grundlegend für die Aufstiegsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten eines Menschen. Deshalb gilt für uns als SPD: Gute, gebührenfreie Bildung von der KiTa bis zur Hochschule. Nur wer über eine solide Grundbildung verfügt, wird auch durch lebenslanges Lernen im weiteren Verlauf seiner Biographie mit dem rasanten Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können. Es darf niemand zurückgelassen werden!

Deshalb ist gerade die Ausstattung mit Kindergärten und mit Schulen für die SPD ein zentrales Thema in der Kommunalpolitik. Auch stellt die Vielfältigkeit von Bildungseinrichtungen ein wesentlicher Standortfaktor für die Integration, die Ansiedlung von Betrieben, aber auch von finanzstärkeren Einkommensschichten der Bevölkerung dar.

Viele Strukturveränderungen, die unser Bildungssystem fit für die Zukunft machen, wurden auf Bundes- und Landesebene beschlossen. Diese Veränderungen ziehen jedoch enorme Investitionen in die bereits vorhandenen Kindergärten und Schulen unserer Stadt nach sich oder erfordern auch entsprechende Neubauten. Denn im Gegensatz zu den ländlichen Strukturen in unserem Land haben wir immer mehr Kinder zu versorgen. In der Innenstadt benötigen wir über kurz oder lang sogar einen kompletten Neubau eines Kindergartens. Und so absurd wie das ist: Selbst, wenn wir alle Baumaßnahmen abgeschlossen haben, werden uns die notwendigen Erzieher und Erzieherinnen fehlen. Hier müssen wir noch weitere Anstrengungen unternehmen. Dies wird allerdings auch durch die Konkurrenz in der Metropolregion nicht einfacher.

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

Meine Damen und Herren,
dort wo viele Kinder einen Kindergarten besuchen, müssen wir auch die entsprechenden Plätze in den Schulen vorhalten. Besonders drängt die Situation im Stadtteil Süd. Es wäre gut, wenn wir hier möglichst bald eine Lösung finden könnten. Dies haben wir, SPD und CDU in einem gemeinsamen Antrag für ein zeitliches Vorziehen einer möglichen Baumaßnahme deutlich gemacht. Wir werden ja in Top 20 der heutigen Tagesordnung noch auf das Thema zu sprechen kommen.

Insgesamt müssen wir uns diesen Anforderungen stellen, so sind im Finanzhaushalt für 2019 und 2020 insgesamt für Schulbaumaßnahmen gut 41 Mio Euro und für den Bau bzw. Ausbau von Kitas über 33 Mio Euro veranschlagt.

Mobilität und Umwelt

Das Thema Mobilität und Umwelt geht uns alle an. Ordnungsrechtliche, planerische und informatorisch technische Entwicklungen der letzten Jahre führen immer mehr zu der Notwendigkeit umweltpolitische Ziele in Zielvorgaben zu formulieren, die messbar und vergleichbar, sowie nachhaltig sind. Dies findet seinen Niederschlag in Aktionsplänen, in denen ausführliche Maßnahmenpakete dargestellt werden.

Mit dem Masterplan „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ kurz „Green City Plan“, der im August dieses Jahres vorgelegt wurde, haben wir den ersten Maßnahmenkatalog der Oberzentren Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg, der all diese oben genannten Voraussetzungen erfüllt. Wir als SPD unterstützen ausdrücklich diesen eingeschlagenen Weg.

Die Diskussion um die Überschreitung der Schadstoffwerte in Ludwigshafen und dem Ballungsgebiet Rhein-Neckar hat insbesondere den öffentlichen Personennahverkehr verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit gebracht. Die aktuellen Debatten zeigen: Wir brauchen neue Ideen und Konzepte für eine mobile Zukunft. Dies gilt sowohl für den ÖPNV, so die Anschaffung von E-Bussen, als auch für den Fahrradverkehr, ein attraktives Carsharing-Angebot und den Ausbau der Infrastruktur der Ladestationen für Elektrofahrzeuge.

Für die SPD ist der ÖPNV eine wichtige Daseinsvorsorge für die Menschen und er gehört mit zu den Standortfaktoren in unserer Stadt. Gerade der ÖPNV ist häufig die wirtschaftlichste und für nicht wenige Menschen auch die einzige Möglichkeit ihr Grundbedürfnis nach Mobilität umzusetzen. Es gilt die Menschen nicht nur aktuell, sondern dauerhaft zu überzeugen, an Stelle des eigenen Kraftfahrzeuges die Bahnen und Busse des ÖPNV zu nutzen.

In der Sondersitzung des Stadtrates im April diesen Jahres hat die Verwaltung in Verbindung mit der RNV vor dem Hintergrund des in den kommenden Jahren anstehenden Abrisses der Hochstraße Nord und der Umgestaltung zur Stadtstraße notwendige ÖPNV-Maßnahmen vorgeschlagen, die weitere Personen zum Umsteigen vom Individualverkehr auf den ÖPNV in unserer Stadt bewegen sollen. Diese Maßnahmen werden von uns mitgetragen. Aus unserer Sicht kann ein

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

leistungsfähiger ÖPNV einen guten Beitrag zur Verkehrsentlastung während der Bauphase des Großprojekts „Abriss der Hochstraße Nord und City West“ leisten.

Sicherheit und Ordnung

Hier sage ich uneingeschränkt, der kommunale Vollzugsdienst (KVD) leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt. Die von der Verwaltung erstellte und vorliegende Bilanz des KVD des Jahres 2017 zeigt die Wichtigkeit und Notwendigkeit der täglichen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verbesserung der objektiven Sicherheit, die aber sicherlich auch zu einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls für die Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Für diese nicht immer einfache Arbeit, zu deren Alltag leider auch zunehmend mangelnder Respekt, Beschimpfungen, Drohungen und sogar tätliche Angriffe gegenüber den Einsatzkräften gehören, muss man dem Dezernenten Dieter Feid und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großes Lob aussprechen und Dank sagen.

Viele Menschen fühlen sich durch Kriminalität, Vandalismus und lautstarkes Auftreten kleiner Minderheiten im öffentlichen Raum immer wieder bedroht. Hier muss mit den vorhandenen Gesetzen und Verordnungen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und deren Ängste und Bedenken angemessen und wirkungsvoll Rechnung getragen werden. Deshalb war und ist es richtig, dass auf Grund unserer Forderung nach einer Stellenmehrung die Planstellen auf mittlerweile 40 Stellen angehoben wurden, was einer Verdoppelung seit 2011 entspricht.

Auch das Pilotprojekt von Polizei und Verwaltung, das ab 7. Januar 2019 auf dem Berliner Platz gestartet werden soll, findet – ebenso wie die zahlreichen gemeinsamen Aktionen in 2018 – unsere volle Unterstützung. Dieses Projekt ist ein Erfolg des Arbeitskreises „Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit“: Durch mehr Präsenz von Ordnungskräften der Stadt und der Polizei wird das Sicherheitsgefühl der Passanten auf dem Berliner Platz sicherlich gestärkt. Es muss daher weiterhin das gemeinsame Ziel sein, auch fernab der Sprechzeiten innerhalb des Pilotprojektes, eine hohe Präsenz der Polizei- und Ordnungskräfte sicher zu stellen. Dies gilt insbesondere auch für die Abend- und Nachtstunden.

Digitalisierung wird Wirtschaft und Gesellschaft verändern

Themen, welche uns alle in Zukunft, auch unmittelbar tangieren werden, sind „Digitalisierung“ und „Arbeit 4.0“. Hierbei geht es unter anderem, auch um die künftige Gestaltung der Arbeitswelt. Wie sieht diese künftig aus? Berechtigte Fragen, die gemeinsam von der Politik, den Sozialpartnern und der Wissenschaft beantwortet werden müssen.

Das gesamte Wirtschaftssystem steht vor einem grundlegenden Wandel. Es werden neue Geschäftsmodelle entstehen und derzeitige müssen weiterentwickelt werden. Deshalb wird gerade die Bildung und Ausbildung, sowie die Qualifikation von Menschen für neue Aufgaben, ein wichtiger Baustein und Voraussetzung für ein

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

erfolgreiches Wirtschaften und Bestehen in einer sich stetig veränderten Arbeitswelt und Gesellschaft sein.

Fakt ist, die Digitalisierung in unserer globalen Welt schreitet rasant voran. Sie gewinnt nicht nur in der Wirtschaft zunehmend an besonderer Bedeutung, sondern in allen Bereichen des Lebens. Dies gilt auch für die Arbeit in den Städten und Gemeinden, so auch bei uns in Ludwigshafen. Getrieben wird der digitale Strukturwandel durch die schnelle Weiterentwicklung von Technologien, die wir auch selbst täglich erleben können. Laut einer Studie eines IT-Anbieters wird der mobile Datenverkehr um ein Vielfaches steigen. Man geht davon aus, dass bis zum Jahr 2020 ca. 80 Prozent des Datenverkehrs über Smartphones erfolgen wird!

Was bedeutet dies für die Verwaltung und unsere Arbeit als Stadtratsfraktionen? Die Verwaltung muss sich in den kommenden Jahren zukunftsorientiert aufstellen und ihre Strukturen entsprechend anpassen, was auch unmittelbar die Ratsarbeit der Fraktionen tangieren wird. Alle, die in diesem Prozess aufkommenden Fragen, müssen sach- und fachlich beantwortet werden. Deshalb wurde auch durch die Oberbürgermeisterin eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit der Thematik beschäftigt. Wir als SPD-Fraktion sagen aber bereits im Vorfeld, neben den elektronischen Dienstleistungen seitens der Verwaltung, muss nach wie vor der persönliche Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürger im Alltagsleben eine entscheidende Rolle spielen.

Sehr geehrte Damen und Herren, **(Abspann)**

im Jahr 1889, also vor 130 Jahren, wurde Franz Josef Ehrhart als erster Sozialdemokrat in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt. 130 Jahre Kommunalpolitik der SPD bedeuten 130 Jahre Engagement für die Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt, die stets vom Willen geprägt war und ist, ein demokratisches und soziales Gemeinwesen für eine menschliche Stadt zu schaffen. Eine Stadt die Heimat für alle sein soll bzw. auch werden kann.

„Wer ernten will, muss erst säen und warten bis die Saat aufgeht“. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft der Stadt. Das Ziel der SPD-Stadtratsfraktion war schon immer die Handlungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten und stets neue Gestaltungsräume für die Zukunft zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund haben wir auch den vorliegenden städtischen Haushalt für die Jahre 2019 und 2020 beraten und werden ihm auch heute mit den beiden Änderungslisten zustimmen.

Ein besonderes Dankeschön gilt unserem Stadtkämmerer Dieter Feid und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Zusammentragen der vielen Zahlen und letztlich der Erstellung des Doppelhaushaltes 2019 und 2020. Danke auch für den zeitlichen Aufwand, den ihr bewältigt habt für die Beantwortung der vielen Fragen aus dem Kreis der Stadträte und der Ortsbeiräte sowie der Fraktionen. Wir danken aber auch dem gesamten Stadtvorstand für seine sicherlich nicht immer einfache

Haushalt 2019-2020
SPD Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger
Stadtratssitzung 10.12.2018

Arbeit, gerade auch dann, wenn unterschiedliche Ideen und Handeln von Fraktionen und Verwaltung zu einem Konsens führen sollen.

Ein herzliches Wort des Dankes gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der kommunalen Betriebe und Gesellschaften für ihre engagierte und kompetente Arbeit Tag ein, Tag aus, zum Wohle der Stadt und der Bürgerschaft. Öffentliche Dienstleistungen sind für unsere Stadt eine wichtige Daseinsvorsorge und unverzichtbar. Sie sind schon seit Jahrzehnten verlässliche Partner und qualifizierte Leistungsträger im Erbringen von Dienstleistungen vor Ort. Nochmals vielen Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sozialdemokratie ist im Jahr 2019 nun 130 Jahre in unserer Heimatstadt Ludwigshafen verankert. Wir haben auch nach 130 Jahren einen klaren Kompass, wir haben klare Ziele. Wir wollen ein lebendiges kommunales Leben und eine lebendige Demokratie vor Ort. Wir wollen weiterhin mithelfen, die Voraussetzungen schaffen, dass man gerne in Ludwigshafen lebt und arbeitet sowie gerne hier zu Hause ist. Arbeiten wir gemeinsam daran.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimmt dem heute vorliegenden Doppelhaushalt 2019/2020 mit den Änderungslisten zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.